

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 19

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konferierende Differenzen um Laos

In Genf erwartete man am Montag den Beginn oder die weitere Verschiebung der Laos-Konferenz, zu der alle Hauptakteure eingetroffen waren: der amerikanische Staatssekretär Rusk, der chinesische Delegationsleiter Tschang-Yen, und die beiden Vorsitzenden, der britische Aussenminister Lord Home und sein sowjetischer Kollege Gromyko.

Unbestimmt war jedoch immer noch, wer an der 14-Mächte-Besprechung Laos vertreten solle. Von den drei Parteien, dem pro-kommunistischen Pathet Lao, den heute ebenfalls ziemlich links stehenden «Neutralisten» um Souvanna Phouma und der

prowestlichen Regierung Boun Oum (in Genf durch Kriegsminister General Phoumi Nossavanh vertreten) will Washington die erste und China die dritte nicht anerkennen. Als Kompromiss, um überhaupt mit den Verhandlungen beginnen zu können, wurde erwogen, die drei laotischen Mächte nur als Beobachter zuzulassen.

Auf ähnliche Kompromisse scheint man bei den Besprechungen in Laos selbst hinzuellen zu wollen. Nachdem ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurde, begann das Feilschen um das politische Terrain, wobei eine «Koalitionsregierung» der drei kaum verträglichen Richtungen ins Auge gefasst wurde. Das würde Fortsetzung des Positionsreiches mit anderen Mitteln bedeuten, und Handstreichen bei einem zentralen Sitz aller Parteien günstige Möglichkeiten eröffnen. Bei den ebenfalls geforderten allgemeinen Wahlen wäre die sehr essentielle Frage, wer sie durchführen und kontrollieren würde.

Pekings Bastion

China, das dieses Jahr seinen Lieferungsverpflichtungen der UdSSR gegenüber nicht nachkommen kann, wird Albanien nicht nur Maschinen, Traktoren und komplettete Ausrüstungen für 25 Industrieanlagen liefern, sondern auch Lebensmittel. Ueberdies erhält Tirana einen Kredit von 112,5 Millionen Rubel. Das ist der Inhalt der neuen, in Peking abgeschlossenen Abkommen zwischen den beiden Staaten.

Diese neue kräftige Unterstützung des maotischen Regimes Hodschas, während China sonst überall auf Hilfe aus ist, bedeutet zugleich einen Affront gegenüber der Sowjetunion, die ihrerseits in ihrer Hilfe an den widerspenstigen Satelliten viel zurückhaltender war und trotz aller Erklärungen gegen den Revisionismus wirtschaftlich immer noch mit dem albanienfeindlichen Jugoslawien zusammenhängt.

Neue Versorgungskrise

Wie die Agentur Neues China meldet, sind in der Provinz Schantung über 40 000 Hektaren Getreide durch Unwetter vernichtet worden. Bereits zuvor hatte man in diesen Gebieten Kälteschäden gemeldet. Andere von Naturunfällen getroffene Provinzen sind Hupeh, Hunan und Kwangtung. Insgesamt haben 200 000 Hektaren an bebaubarem Land gelitten.

Eine grosse Säuberung hat in Persien eingesetzt. Fünf Generäle und zahlreiche Beamte und Funktionäre sind unter Verdacht von Korruption, Unterschlagung, Missbrauch der Amtsgewalt und unrechtmässiger Verwendung öffentlicher Gelder verhaftet worden. Die neue Regierung scheint die angekündigte Säuberung an Hand nehmen zu wollen, bevor sich eine viel radikalere Säuberung des ganzen Systems annimmt.

Redaktionsschluss: 15. Mai.

Australien hat China 750 000 Tonnen Weizen verkauft. Lange war über das Ausmass der australischen Getreidelieferungen an die CVR auf Wunsch Pekings geschwiegen worden.

Nato bespricht

In Oslo ging die dreitägige Frühlingstagung des Nato-Rates mit einem Communiqué zu Ende, das der einzigen Verteidigungsbereitschaft der Mitgliedstaaten Worte verlieh, ohne dass es zu konkreten Beschlüssen in Richtung auf einen festen Konsens zwischen den 15 Nationen gekommen wäre. Doch haben die Atlantikpaktmitglieder ausdrücklich anerkannt, dass den kommunistischen Ansprüchen auf Weltherrschaft in sämtlichen Bereichen von Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Psychologie entgegengetreten werden muss.

Uran in Bulgarien?

Auf neue Uranvorkommen ist man laut Berichten aus Bulgarien 45 km nördlich von Sofia bei Svoge gestossen. Anderseits werde im Rhodopen-Gebirge, südwestlich der Stadt Devin bereits seit 1956 Uran gewonnen.

Die Ostblockpresse schweigt sich über jede Uranausbeute aus, da die Gesamtproduktion nach der Sowjetunion verbracht wird. Auch die Aussenhandelsstatistiken erwähnen die Transaktionen selbstverständlich nicht.

Apartheid

Am 31. Mai wird die Südafrikanische Union die Republik proklamieren und sich endgültig vom Commonwealth trennen — im Zeichen fortwährender Apartheid. Der neu gewählte Präsident Swart (siehe Curriculum) bisheriger Generalgouverneur und früherer Justizminister, ist ein eifriger Förderer der Nationalistenpartei Verwoerds und der Rassentrennung, die er durch Gesetz und Polizeivorschriften durchführte.

Die Politik der absoluten weißen Vorherrschaft hat Südafrika bereits seinen Platz im Commonwealth gekostet. Aber die Niederlage vor den übrigen Mitgliedern feierte die SAU als Sieg. Niemand würde sich einmischen.

Aber die Opposition wächst. Auf dem 29. Mai hat die farbige, politisch rechtlöse Bevölkerung einen Generalstreik angekündigt, dem die Regierung nach ihrem alten System durch einen Grossaufwand an Polizei begegnet will. Doch treten auch unter der europäischen Bevölkerung wachsende Kräfte gegen die Apartheid auf, von der sich bereits die Kirchen distanziert haben. Auf lange Sicht ohnehin, aber vielleicht schon in kurzer Zeit, werden die nationalistischen Buren ausgespielt haben. Ob dann auch die Weissen ausgespielt haben werden, hängt vielleicht von der Stellung ab, die sich die liberalen Kreise bis dahin gebaut haben.

Gemässigter Ton der Monrovia-Konferenz

Die Konferenz von 21 afrikanischen Staaten in Monrovia (Liberia) ging mit einer Reihe von Resolutionen über zukünftige Zusammenarbeit und Stellungnahmen zu den brennenden Problemen des Kontinentes zu Ende. Die Teilnehmer wollten sich um Vermeidung weiterer Wirren bemühen und hüteten sich vor überspitzten Formulierungen. Für Angola forderten die afrikanischen Staatsmänner — das warnende Beispiel Kongos vor Augen — nicht sofortige Unabhängigkeit, sondern vorerst «innere Autonomie», also ungefähr den «englischen» Weg zur Selbständigkeit der Kolonien.

Für Portugal, das dank seiner beträchtlichen militärischen Verstärkungen vorläufig die Oberhand in Angola zu haben scheint, wäre dies vielleicht noch eine Möglichkeit, um die Atempause auszunützen, aber Salazar scheint nicht daran zu denken. Doch regt sich jetzt auch in Lissabon die Opposition immer stärker, die eine demo-

kratische Entwicklung in der Kolonie verlangt, was ja noch keinesfalls einem überhasteten Rückzug aus dem Gebiete gleichkäme. Aber die Aenderung der Einstellung dürfte schwerer sein.

Die Vereinigten Staaten von Kongo will Präsident Kasavubu gründen. Ueber die neue Verfassung des föderativen Landes würde das Parlament abstimmen, das nach Abschluss der Konferenz von Coquilhatville zusammenentreten will. Dem Bund würde allerdings Katanga fehlen, das auch nach der Verhaftung Tschombes nicht klein beigegeben hat und die von Gizza beherrschte Ostsprovinz. Zwar wird Kasavubu die betreffenden Abgeordneten gewiss einladen, aber ein begründetes Missbrauch gegen kongolesische Einladungen wird das Zusammentreffen der gesamten Legislative, die noch aus der Zeit der Ministerpräsidentschaft Lumumbas stammt, aber seither nicht mehr vereinigt wurde, vermutlich verhindern.